

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

3.11.1921 (No. 257)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen anfallender Abgabe, der als Kassenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontokorrentübertrag fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Kartoffelpreise.

** Wie in der Presse mitgeteilt wird, hat die Sächsische Regierung für Kartoffeln Höchstpreise festgesetzt, die sich zwischen 47-54 M. bewegen. Die Annahme dieses Preises beruht auf der Berechnung, daß nach den jetzigen Getreidepreisen ein Erzeugerpreis von 50 M. für den Zentner als durchaus angemessen anzusehen ist.
Auch die badischen Justiz- und Verwaltungsbehörden haben wiederholt darauf hingewiesen, daß das Fördern eines Preises von mehr als 50 bis 55 M. für den Zentner als übermäßige Preissteigerung anzusehen ist und als solche verfolgt wird. Von einer Festsetzung von Höchstpreisen aber hat das Ministerium des Innern abgesehen. Erfahrungsgemäß verschwinden bei Festsetzung von Höchstpreisen die Waren sofort vom Markt. Diesem Mißstand darf bei der großen Nachfrage nach Kartoffeln nicht vorgebeugt werden. Zudem haben bei der jüngsten Ernährungskonferenz die Vertreter der Landwirtschaft und des Handels einstimmig erklärt, daß eine Katastrophe in der Kartoffelversorgung eintreten würde, falls jetzt Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt würden. Gleichwohl soll den Preissteigerungen mit Kartoffeln durch das Einschreiten behördlicher Organe unmaßstäblich gesteuert werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Die bisherige günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hält an; sie kommt in einem weiteren (wenn auch schwachen Sinken) der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterziffer zum Ausdruck.
Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt ist im Allgemeinen ruhig geworden, doch werden da und dort immer noch Mägde, Viehhirten und Melker angefordert. Die durch Verringerung der Ernte freigewordenen Arbeiter suchen vielfach Beschäftigung in der Industrie. Diese hat sich in der letzten Zeit auch für ungelernete Arbeiter in einem gewissen Grade an einigen bedeutenderen Plätzen aufnahmefähig gezeigt.
Die Nachfrage nach Metallearbeitern war im großen und ganzen ziemlich lebhaft, gut war sie namentlich im Karlsruher Bezirk; Konstanzer und Schwöninger benötigten insbesondere Dreher. Der Geschäftsgang der Porzellan- und Schmelzwarenindustrie hat sich weiterhin gebessert. Allgemein gut beschäftigt ist die Textilindustrie.
Die Nachfrage nach Arbeitsträgern im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist lebhaft geblieben, hingegen ist sie im Genußmittelgewerbe (Tabakindustrie) zurückgegangen.
Das Bekleidungs-gewerbe wies erheblichen Bedarf an Schneidern auf.
Im Baugewerbe konnten Maler, Zimmerer, Gipser und Dachbeder trotz vorgeschrittener Jahreszeit flott vermittelt werden.
Im Handel bestand Bedarf an sachmännlich ausgebildeten jüngeren Bankbeamten, nach wie vor herrscht lebhaft Nachfrage nach Stenotypisten und insbesondere Stenotypistinnen.
Im Vertriebsgewerbe ist das Vermittlungsgeschäft immer noch flau.
Gast- und Schankwirtschaft zeigten lebhaft Nachfrage nach weiblichem Küchenpersonal.
Bei den häuslichen Dienstboten machte sich Zugang von Anlernmädchen vom Lande bemerkbar, der aber die seit langem herrschende Dienstbotennot nicht wesentlich zu bessern vermocht hat.

Die Mannheimer Indexziffern.

Von Regierungsrat Dr. Emil Hofmann.

Die Aufwärtsbewegung der Preise hat sich im Monat Oktober in recht schnellem Tempo fortgesetzt. Aber die durchschnittliche Erhöhung der Verbraucherpreise in Mannheim gibt nachfolgende Generalindexziffer des städtischen Preisprüfungsamts Auskunft:

Juli 1914	2. Jan. 1920	1. Mai 1921	1. Juli 1921	1. Aug. 1921	1. Sept. 1921	1. Okt. 1921	1. Nov. 1921
100,0	763,8	1227,8	1243,6	1271,9	1310,3	1391,8	1546,7
	100,0	160,8	162,8	166,5	171,6	182,2	202,5
		110,0	101,3	103,6	106,7	113,4	126,0
			100,0	102,3	105,4	111,9	124,4
				100,0	103,0	109,4	121,6
					100,0	106,2	118,0
						100,0	111,1
							100,0

Sienach ist das Preisniveau in Mannheim am 1. November d. J. etwa 15½ mal so hoch, wie vor dem Kriege. Damit hat die Teuerung in Mannheim den bisher überhaupt höchsten Stand erreicht — die bislang höchste Ziffer war mit 1481,0 am 1. Dezember 1920 festgelegt worden. In den letzten vier Wochen — vom 1. Oktober bis 1. November — ist eine Steigerung um 11,1 Prozent eingetreten; seit 1. Mai d. J. beträgt die Erhöhung 26,0 Prozent, seit 1. Juni 24,8 Prozent, seit 1. Juli 21,6 Prozent und seit 1. August 18 Prozent.

Bezüglich der einzelnen Gruppen ist bemerkenswert, daß diesmal — in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. November d. J. — sämtliche Gruppenindexziffern angezogen haben. Den größten Steigerungsgrad hat wiederum die Gruppe Bekleidung — mit

13,0 Prozent — aufzuweisen; der Preisindex, der in diese Gruppe einbezogenen 35 Artikel steht heute mehr denn 14 mal so hoch als vor dem Kriege, wie nachstehende Reihe ausweist:

Juli 1914	1. April 1920	1. Nov. 1920	1. Aug. 1921	1. Sept. 1921	1. Okt. 1921	1. Nov. 1921
100,0	1690,0	1308,3	1134,6	1142,2	1246,0	1409,0

Die vom Preisprüfungsamt herangezogenen 38 Lebensmittel sind in den letzten vier Wochen im ungewogenen Durchschnitt um 12,6 Prozent teurer geworden. Die Entwicklung dieser Gruppenindexziffer kann folgender Reihe entnommen werden:

Juli 1914	1. April 1920	1. Nov. 1920	1. Aug. 1921	1. Sept. 1921	1. Okt. 1921	1. Nov. 1921
100,0	1184,7	2069,9	1704,1	1778,7	1901,0	2141,4

Bei der Gruppe Heizung und Beleuchtung sind die Preise in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. November durchschnittlich um 9,0 Prozent gestiegen. Auch die Gruppenindexziffern für Wohnung und Sonstiges sind in die Höhe gegangen. Bezüglich der Gruppe Sonstiges ist bemerkenswert, daß Mitte Oktober seitens der Freireise die Bedienungspreise hinaufgesetzt worden sind; Haarschneiden kostet nunmehr in Mannheim 6 M., d. h. etwa 17½ mal so viel, wie vor dem Kriege, für Manieren muß heute 2 M. bezahlt werden, d. h. 13½ mal so viel, wie im Juli 1914.

Was nun die Preisbewegung im einzelnen anlangt, so sei mitgeteilt, daß in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. November d. J. die Eier um 41,7 Prozent teurer wurden, bei der Margarine beträgt die Verteuerung 40,7 Prozent, beim Speisefett 36,4 Prozent, beim Schweinefleisch 29,4 Prozent, beim Kaffee 23,1 Prozent, beim Kakao 22,2 Prozent, bei der Butter 21,7 Prozent, beim Zuder und bei der Milch 20,0 Prozent, bei den Kartoffeln 17,6 Prozent, beim Rindfleisch 16,7 Prozent usw. Ferner waren am 1. November d. J. in Mannheim die Eier 48½ mal so teuer, wie vor dem Kriege, Schweinefleisch war etwa 31½ mal so teuer, Butter etwa 26 mal, Kaffee etwa 25½ mal, Schweinefleisch 25½ mal, Speisefett 25 mal, Weizenmehl 22½ mal, Teigröhren 21¼ mal, Margarine 21¼ mal, Erbsen, Wachsen, Reis, Gerstengraupen, Weizen Grieß, Zuder, Wurst, je etwa 20 mal, Kalbfleisch 18¾ mal, Rindfleisch 16¾ mal, Rindfleisch 16¾ mal, Milch 16¾ mal, Pferdefleisch 15 mal, Hammelfleisch und Kakao je 14¾ mal, Essig 14 mal, Brot 11¼ mal, Salz 5 mal. Bei den Aufschüßeln beträgt der derzeitige Verbraucherpreis das 21¾fache, beim Gasofen das 18¾fache, bei den Braunfahnenbrettern das 17¾fache, bei Anthrazit das 16¾fache, beim Petroleum das 23fache und beim Gas das 13fache. Herrenstiefel kosteten am 1. November d. J. 20 mal so viel, wie vor dem Kriege, Damenstiefel 21¾ mal so viel, Anabenstiefel 26 mal so viel, für Söhne und Mädchen von Herrenstiefeln muß heute etwa 19 mal bezahlt werden, wie im Juli 1914, für Söhne und Mädchen von Damenstiefeln 21¾ mal soviel und für Söhne und Mädchen von Knabenstiefeln 26¾ mal soviel. Auch bei Gemüse ist eine ansehnliche Preissteigerung eingetreten; die Verteuerung gegenüber dem 1. November 1920 beträgt bei den Zwiebeln 50 Prozent, beim Spinat 122 Prozent, bei den Gelbbrühen 420 Prozent, bei den Rote Rüben 500 Prozent; bei den Kartoffeln beläuft sich die Verteuerung auf 138 Prozent.

Der Vollständigkeit halber sei schließlich darauf hingewiesen, daß außer dem städtischen Preisprüfungsamt noch das Statistische Reichsamt-Verein, Calwer-Verein und Elsas-Frankfurt a. M. Mannheimer Preisindexziffern veröffentlichen, die aber nach eigener Methode berechnet werden — das Preisprüfungsamt liefert hierzu nur die elementaren Bezugsangaben.

In diesem Zusammenhang dürfte die Zusammenstellung der nach den Vorschriften des Statistischen Reichsamts berechneten Mannheimer sogenannten Teuerungszahlen genügen. Es sei insofern besonders darauf aufmerksam gemacht, daß diese nur die Verbrauchergruppen: Nahrung, Heizung, Beleuchtung und den Mietpreis umfassen, während die Gruppen Bekleidung und Sonstiges fehlen. Die Entwicklung dieser Mannheimer Teuerungszahlen läßt sich an folgender Übersicht ablesen:

1913/14	Febr. 1920	Mai 1921	Juni 1921	Juli 1921	Aug. 1921	Sept. 1921	Oktober 1921
100	588	879	904	1193	1155	1139	1223

So hat also zufolge beider Preisindexziffern — des Preisprüfungsamts und des Statistischen Reichsamts — die Teuerung in Mannheim (in Karlsruhe und der Mehrzahl der übrigen größeren Städte liegen die Verhältnisse im wesentlichen nicht anders; Red.), eine bisher noch nie gekannte Höhe erreicht.

Die Steuervorlagen.

Dem Reichstag sind in den letzten Tagen die übrigen Steuerentwürfe zugegangen, die der Reichstag in der vergangenen Woche verabschiedet hat. Die Reichsregierung hat sich, lt. Preß. Blg., die Beschlüsse des Reichstags zum Teil zu eigen gemacht; in einer Reihe von Fällen hat sie aber an ihrer eigenen Vorlage festgehalten, so daß dem Reichstag doppelt Vor schläge, sowohl von der Reichsregierung, wie vom Reichstag, vorgelegt werden.

Dem Entwurf des Vermögenssteuergesetzes hat die Reichsregierung auch das Gutachten des Reichswirtschaftsrats über

das Vermögenssteuergesetz, das Vermögenszuwachssteuergesetz und das Nachkriegsgewinnsteuergesetz beigelegt. Von den Änderungen, die der Entwurf gegenüber der im Sommer beschlossenen Fassung erfahren hat, sind folgende hervorzuheben:

Der § 17 des ursprünglichen Entwurfes, der dem Reichsminister der Finanzen die Erlassung bindender Anordnungen für die Bewertung des steuerpflichtigen Vermögens für die Zeit aus der Erhebung des Zuschlags übertragen hatte, ist durch folgende Vorschrift ersetzt worden:

„Für die Zeit der Erhebung des Zuschlags erläßt der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichstags für die Bewertung des Vermögens bindende Anordnungen, die dem Wertstand der Markt und die allgemeine Wirtschaftslage berücksichtigen. Bei der Feststellung der Bewertungsgrundsätze ist dem Umstand Rechnung zu tragen, daß ein Teil des zu bewertenden Vermögens seit der Zeit vor der Geldentwertung in unbeeinträchtigtem Besitz geblieben, ein anderer Teil erst unter dem Einfluß der Geldentwertung geschaffen oder doch erworben worden ist. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind zur Ermittlung des Wertes Schätzungsmaßstäbe zu suchen.“

Der Steuertarif ist im allgemeinen unbeeinträchtigt geblieben, er beginnt bei natürlichen Personen mit 1 vom Tausend für die ersten angefangenen oder vollen 100 000 M. des steuerpflichtigen Vermögens und steigt auf 10 vom Tausend für die 20 Millionen Mark übersteigenden Beträge. Bei juristischen Personen beträgt die Steuer 1½ vom Tausend des steuerpflichtigen Vermögens. Hatte der ursprüngliche Entwurf die ersten 50 000 M. Vermögen steuerfrei gelassen und die nächsten 50 000 Mark mit ½ vom Tausend Steuer bedacht, so soll nach dem neuen Entwurf der Betrag von 100 000 M. steuerfrei bleiben. Die ursprüngliche Vorlage der Regierung hatte den Zuschlag der auf die Dauer von 15 Jahren erhoben werden soll, bei natürlichen Personen mit 300 Prozent, bei den übrigen Steuerpflichtigen mit 150 Prozent der Steuer vorgesehen. In der neuen Vorlage, die an den Reichstag gegangen ist, hat die Reichsregierung ihren Vorschlag geändert. Nach ihrem Entwurf soll der Zuschlag bei den juristischen Personen nach wie vor 150 Prozent betragen, bei den natürlichen Personen aber gestaffelt sein; er soll hier betragen: bei den ersten angefangenen oder vollen 100 000 M. des steuerpflichtigen Vermögens 100 Prozent der Vermögenssteuer, von den nächsten 100 000 Mark des Vermögens 150 Prozent der Steuer, von den weiteren nächsten 250 000 M. 200 Proz. der Steuer, von den weiteren Beträgen 300 Prozent der Steuer. Daneben steht eine Vorlage des Reichstags, der die Regierung nicht beigetreten ist; nach ihr soll der Zuschlag bei den juristischen Personen 150 Prozent betragen, bei den natürlichen Personen aber von den ersten 100 000 M. des steuerpflichtigen Vermögens 100 Prozent der Steuer, bei den nächsten 150 000 M. 150 Prozent der Steuer, bei den weiteren Beträgen 200 Prozent der Steuer.

Steuertarifliche Erleichterungen für Vereine sollen nach dem neuen Entwurf bei Vermögen bis zu 500 000 M. und Einkommen bis zu 20 000 M. eintreten. Geändert sind auch die Vorschriften über die Anrechnung des Notopfers auf die Vermögenssteuer. Im allgemeinen soll das Notopfer nach dem neuen Entwurf mit 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber mit einem Drittel der Abgabe erhoben werden, wie es bisher bereits vorgesehen war. Bei abgabepflichtigen Vermögen, die 1 027 000 M. und mehr betragen, erhöht sich der zu erhebende Reichsnotopferbetrag auf 40 v. H. der Abgabe. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Bergwerks- und andere bergbaureisende Vereinigungen mit den Rechten juristischer Personen, haben über ihre Reichsnotopferschuld hinaus eine weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des Reichsnotopfers zu entrichten. Dieser Betrag ist am 1. Mai und am 1. November 1922 je zur Hälfte fällig.

Der Entwurf des Vermögenszuwachssteuergesetzes kommt im wesentlichen in unbeeinträchtigter Gestalt an den Reichstag. Änderungen zeigen in der Hauptsache nur der § 14, der den Vermögenszuwachs bis zum Betrage von 50 000 M. (ursprünglich 25 000 M.) von der Steuer befreit. Der Tarif, der von 1 v. H. bis 10 v. H. des Vermögenszuwachses steigt, ist unbeeinträchtigt geblieben.

Einschneidend sind die Änderungen, die der Entwurf über die Besteuerung des Vermögenszuwachses der Nachkriegszeit erfahren hat. Zunächst soll die Abgabe, wie im ursprünglichen Entwurf, nur erhoben werden, wenn der Vermögenszuwachs 100 000 M. übersteigt, dagegen bleibt auch dieser Betrag steuerfrei, wenn das Endvermögen nicht wenigstens 400 000 M. (ursprünglich 200 000 M.) beträgt. Im ursprünglichen Entwurf hatte der Steuertarif eine Abgabe von 5 v. H. bis zu 30 v. H. vorgesehen. Der neue Tarif bemißt die Abgabe nach zwei Maßstäben; erstens nach dem Verhältnis, in dem sich das Endvermögen gegenüber dem Anfangsvermögen vermehrt hat, zweitens nach der Höhe des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses.

Zu diesem Zweck werden acht Steuerklassen mit je sechs Steuerstufen gebildet:

- Klasse I. Das Endvermögen hat sich gegenüber dem Anfangsvermögen um nicht mehr als das Doppelte vermehrt.
- Klasse II. Das Endvermögen hat sich gegenüber dem Anfangsvermögen um mehr als das Doppelte, aber um nicht mehr als das Dreifache vermehrt.
- Klasse III. Das Endvermögen hat sich gegenüber dem Anfangsvermögen um mehr als das Dreifache, aber um nicht mehr als das Vierfache vermehrt.
- Klasse IV. Das Endvermögen hat sich gegenüber dem Anfangsvermögen um mehr als das Vierfache, aber um nicht mehr als das Fünffache vermehrt.
- Klasse V. Das Endvermögen hat sich gegenüber dem Anfangsvermögen um mehr als das Fünffache, aber um nicht mehr als das Sechsfache vermehrt.

Die Anforderungen für Kasernenbauten, Exerzier- und Schießplatzanlagen usw., lassen erkennen, daß man von Anfang an damit gerechnet hat, auf Jahre hinaus sich in den besetzten Gebieten einzunisten.

Angeht die Frage: Besteht überhaupt noch der Verfall der Reichs- und Provinzialverwaltungen? Dieser Verfall ist in zahlreichen Fällen (Sachsen, Oberschlesien, Saargebiet) von der Entente durchbrochen und außer Kraft gesetzt? Dieser Verfall muß unter allen Umständen in Deutschland mehr Beachtung geschenkt werden und es ist notwendig, daß Deutschland alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um seine Rechte — leider sind es nur wenige — auf das energischste und nachdrücklichste zu verteidigen. Wie fragten bereits: Was wird nach Oberschlesien folgen? Die „berneinende Geste“ Briands im französischen Senat gibt darauf die Antwort: Das besetzte Gebiet!

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Reichstag, der heute nachmittags wieder zusammentritt, wird sich zunächst mit einem sozialdemokratischen Antrag über die Änderung des Lohnbeschlagnahmegesetzes und mit einem demokratischen Antrag über die Erhebung der Einkommensteuer beschäftigen. Die sozialdemokratische Interpellation über die Lebensmittelverteilung, die geschäftsordnungsähnlich heute auf die Tagesordnung der Freitagsitzung gestellt wird, wird wahrscheinlich am Montag vom Minister Hermes beantwortet werden. Am Freitag und Samstag soll die Generaldebatte über die Steuerentwürfe stattfinden, die wahrscheinlich mit einer Rede des Ministers Hermes eingeleitet wird, der bei der Kabinettsbildung mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsfinanzministeriums betraut wurde. Der Reichstagspräsident wird, wie man hört, nach den bisherigen Dispositionen in der Steuerdebatte nicht das Wort nehmen.

Die neuen Beamtengehälter.

Die neue Besoldungsordnung für die Reichsbeamten, über die wir bereits berichtet haben, gestaltet sich nach heutigen Mittelmessungen im einzelnen wie folgt:

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Gruppe 1:	7500	8000	8500	9000	9400	9800	10 200	10 600	11 000	11 400	11 800	12 200	12 600
Gruppe 2:	10 000	10 400	10 800	11 200	11 600	12 000	12 400	12 800	13 200	13 600	14 000	14 400	14 800
Gruppe 3:	11 600	12 000	12 400	12 800	13 200	13 600	14 000	14 400	14 800	15 200	15 600	16 000	16 400
Gruppe 4:	12 500	13 000	13 500	14 000	14 500	15 000	15 500	16 000	16 500	17 000	17 500	18 000	18 500
Gruppe 5:	13 500	14 000	14 500	15 000	15 500	16 000	16 500	17 000	17 500	18 000	18 500	19 000	19 500
Gruppe 6:	14 500	15 000	15 500	16 000	16 500	17 000	17 500	18 000	18 500	19 000	19 500	20 000	20 500
Gruppe 7:	16 000	16 500	17 000	17 500	18 000	18 500	19 000	19 500	20 000	20 500	21 000	21 500	22 000
Gruppe 8:	18 000	18 500	19 000	19 500	20 000	20 500	21 000	21 500	22 000	22 500	23 000	23 500	24 000
Gruppe 9:	21 000	21 500	22 000	22 500	23 000	23 500	24 000	24 500	25 000	25 500	26 000	26 500	27 000
Gruppe 10:	25 000	25 500	26 000	26 500	27 000	27 500	28 000	28 500	29 000	29 500	30 000	30 500	31 000
Gruppe 11:	30 000	30 500	31 000	31 500	32 000	32 500	33 000	33 500	34 000	34 500	35 000	35 500	36 000
Gruppe 12:	38 000	38 500	39 000	39 500	40 000	40 500	41 000	41 500	42 000	42 500	43 000	43 500	44 000
Gruppe 13:	53 000	54 000	55 000	56 000	57 000	58 000	59 000	60 000	61 000	62 000	63 000	64 000	65 000

Ortszuschläge:

Ortszuschlag	11500 M.	11500—12700 M.	12700—15200 M.	15200—16900 M.
A 3200	4000	4800	5600	6400
B 2400	3000	3600	4200	4800
C 2000	2500	3000	3500	4000
D 1800	2000	2400	2800	3200
E 1200	1500	1800	2100	2400
16 900—25 500 M.	25 500—38 000 M.	über 38 000 M.		
A 6400	7200	8000		
B 4800	5400	6000		
C 4000	4500	5000		
D 3200	3600	4000		
E 2400	2700	3000		

Kinderzuschläge: 150—200—250 M.

Diätäre erhalten vom Grundgehalt im ersten und zweiten Jahre 95 v. H., im dritten Jahre 98 v. H., dann 100 v. H., Ortszuschlag und Kinderzuschlag in voller Höhe. Die Befreiung beträgt im Durchschnitt 25—30 v. H. Von zünftiger Seite wird amtlich mitgeteilt: Die in den letzten Tagen durch die Presse gehende Mitteilung über die Erhöhung der Besoldung der Reichsbeamten entspricht nicht in allen Punkten den Tatsachen. Die über die Höhe der Grundgehälter angegebenen Zahlen sind zwar zutreffend. Ein richtiges Bild über die tatsächliche Besoldung der Beamten kann jedoch nur dann gewonnen werden, wenn die Dienstbezüge in ihrer Gesamtheit (Grundgehälter, Ortszuschläge,

gelauchten Saal. Unmittelbare Vorgänger, Steine und Winterhalter, Zeit- und Gefühlsgelehrter wie Hans Canon, der wilde Maler, der durch seine Kühnheit feinerzeit den Karlsruher Malern Schreden einjagte, ergänzen das Bild der Malerei jener Jahre zu einer geschlossenen Einheit, sobald dieser neue Karlsruher Feuerbachaal flüchtig als der schönste Feuerbachaal der deutschen Museen angesprochen werden darf. Wenn Feuerbach den Höhepunkt der Kompositionsmalerei bedeutet, so bedeutet J. W. Schirmer den ersten Höhepunkt der deutschen Landschaftsmalerei. Ihn zu würdiger Darstellung zu bringen, war eine der Hauptaufgaben der Neuordnung, weil er als erster Leiter der Karlsruher Kunstakademie zugleich der Vater der oberdeutschen Landschaftsmalerei geworden ist, die in Hugo und vor allem Hans Thoma zu allgemein deutscher Bedeutung gelangte. Das Bild von Schirmers Schaffen, das früher nur Werke großen Formates wie der „Häuser der vier „Biblischen Landschaften“ vermittelte, wird nunmehr in glücklicher Weise ergänzt und bereichert durch eine große Anzahl kleinerer Bilder und Studien, in denen die eindringliche Kunstsprache Schirmers, die naturähnlich oft ohne naturphotographisch zu werden, in viel unmittelbarer Weise Gestalt gewinnt. Vorgänger Schirmers wie Adenbach, Zeitgenossen wie C. F. Lessing (mit einer erstaunlichen früh entstandenen Landschaft von stärkstem Naturgefühl), Schüler wie Osterhoff, Vosberg oder Saal geben einen Überblick über die Möglichkeiten der deutschen Landschaftsmalerei um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Werke von Ludwig und C. Knoll weisen in die Richtung der idealistisch (im Sinne Feuerbachs und Canons) inszenierten Landschaftsmalerei.

Als Anfang im der Reihenfolge der neu geordneten Säle erscheint dann die Kunst der Romantiker und Romantiker, deren Pflege innerhalb der Tradition der Karlsruher Kunstakademie wieder aufgenommen ist. Schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren Cartons der Ober-

Kinderschläge, Teuerungsschläge) unter Berücksichtigung der Wirkung der Reichseinkommensteuer betrachtet werden. Bei der Bemessung der Gehaltsbezüge müßte einerseits der unerschöpflichen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden. Daß mit der erforderlichen Sparsamkeit verfahren worden ist, ergibt sich daraus, daß nur die Beamten der untersten Gruppe das 14- oder 15fache ihrer Friedensbezüge erhalten, während den Beamten der mittleren Gruppe nur etwa das 7fache, den Beamten der höheren Gruppe das sechs- oder fünffache ihrer Friedensbezüge gegeben wird. Die Gesamtausgaben für die Aufbesserung der Beamtenbesoldung erreichten die in der Presse mitgeteilten Summen nicht. Sie betragen für die Reichsbeamten allein 7½ Milliarden. Wenn auch die Ausgaben, die im Anschluß an die Erhöhung der Bezüge der Reichsbeamten für die Beamten der Länder und der Kommunen, für die Arbeiter und Angestellten des Reiches und der Länder sich ergeben werden, recht beträchtlich sind, so erreicht die Gesamtbelastung doch nicht annähernd die wiederholt genannte Summe von 30 Milliarden.

Die preussische Ministerkrise

hat im Laufe des gestrigen Tages keine weitere Klärung erfahren. Heute nachmittags werden das Zentrum und die sozialdemokratische Fraktion zu Beratungen zusammentreten. Um 8 Uhr wird der Ältestenrat des Preussischen Landtages eine Sitzung abhalten. Die „Vossische Zeitung“ nimmt an, daß der Ausschuss beschließen werde, die für 1 Uhr festgesetzte Plenarsitzung nicht abzuhalten, damit die Fraktionen Bewegungsfreiheit für ihre Beratungen haben.

40 Prozent Kohlensteuer?

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, soll bei der Reichsregierung der Plan bestehen, die Kohlensteuer auf 40 Prozent zu erhöhen. Bisher hat die Steuer belanlich 20 Prozent betragen. In einer Vorlage, die aber noch nicht an den Reichsrat gelangt ist, hatte die Regierung bereits eine Erhöhung auf 30 Prozent in Aussicht genommen, wobei zugleich eine Staffelung je nach dem Selbstkostenpreis beabsichtigt war. Der Entwurf dieser Kohlensteuer-Geheiß hatte mit einem Ertrag von 9,25 Milliarden Mark gerechnet. Wenn tatsächlich die Absicht besteht, noch über den Satz von 30 Prozent hinauszugehen, so scheint die unangenehme Entscheidung über Oberschlesien, die den Ertrag der Kohlensteuer erheblich verringern würde, dazu den Anlaß gegeben zu haben.

Die Geheimorganisationen in Sachsen.

Der sächsische Landtag trat gestern nachmittags in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder zu seiner Sitzungssession zusammen. In seinen Begrüßungsworten gedachte Präsident Präschorf der brutalen und widerrechtlichen Verletzung Oberschlesiens, die er als einen Willkürakt bezeichnete, der die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen völlig in Frage stelle. Ein Rechtszustand würde die Verletzung Oberschlesiens niemals werden. Der Präsident sprach der ober-schlesischen Bevölkerung die Sympathie des sächsischen Volkes aus und knüpfte daran die Hoffnung auf baldige Revision der Versailles und Genfer Diktate. Die Lage Deutschlands, so fuhr er fort, gebiete, daß die Parteien ihre Gegensätze nicht auf dem Rücken und zum Schaden des Volkes austragen. Das Volkswohl sei das oberste Gesetz.

Im Anschluß hieran gab Minister des Innern Ribinski eine längere Erklärung ab über Geheimorganisationen in Sachsen und stellte fest, daß die gesamte Organisation der vom Reichspräsidenten verbotenen Orgesch in Sachsen auf die Brüder von Stein übergegangen sei. Geldegeber für die Orgesch und für die Brüder von Stein seien die Finanzanschläge der sächsischen Industrie. Mehrere Waffenlager seien beschlagnahmt worden. Der Minister schloß: Die erlangte Mitgliederliste und das gefundene Material lassen erkennen, daß die Orgesch und die Organisation Orgesch mit den Brüdern von Stein zusammenarbeiten und daß eine geschlossene Organisation der Konterrevolution in Sachsen besteht. Das Polizeiamt in Leipzig ist angewiesen, die Auflösung des Vereins herbeizuführen; sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, wird die Bestrafung der Schuldigen herbeigeführt werden.

Der Ausverkauf des Rheinlandes.

In jüngster Zeit wurde mehrfach über den Ausverkauf im südwestlichen Rheinland berichtet, der durch die Valutaverhältnisse herbeigeführt ist. Ein diesbezüglich nach Trier und Saarbrücken entsandter Berichterstatter der Orgesch. schreibt: In Trier sind die Lokale derart überfüllt, daß die Gastwirte bereits zur Mittagszeit gezwungen sind, die Verabreichung von Essen abzulehnen. An ein Unterkommen für die Nacht ist überhaupt nicht zu denken. Der Zustrom des die ganze Stadt füllenden und Handel treibenden Volkes kommt aus Luxemburg. Die Hügel von Luxemburg nach Trier und zurück vermögen die Menschen nicht zu fassen. Interessant ist es anzusehen, welche Wandlung diese Ausländer in Deutschland mit

bes, Schnorr, Goh, Schwind, weit systematisch gesammelt worden — jetzt endlich haben sie in einem Korridor, in dem sie als Wandgemälde wirken, eine würdige Unterkunft gefunden —, mit Werken der Ellenrieder, Overbeck, Steinles war zugleich ein Grundriß an neogotischen Tafelbildern geschaffen. Dieser Grundriß wurde jetzt in glücklichster Weise ausgebaut durch wertvolle Erwerbungen, die das Bild jener inbrünstigen und formal so kargen Kunstwerke ergänzen. An erster Stelle stehen hierbei Settegast, J. Zeit, Peschel und vor allem Schwind mit zwei meisterlichen Porträts aus seiner besten Zeit. Die Anordnung dieser Bilder in zwei Reihen knüpfte, von denen eines einen schwarzen Bandton besitzt, der die starken, an die Altdeutschen gemahnenden Farben aufleuchtet läßt, ist dem feierlichen und zugleich intimen Geist dieser typisch deutschen Kunst angepaßt.

So bedeutet die Neuordnung der Badischen Kunstgalerie in zweifacher Hinsicht: eine Pflichterfüllung: zunächst im Hinblick auf die Werke selbst, die jetzt erst ihr inneres Leben entfalten können, sodann im Hinblick auf die betrachtenden Menschen der Gegenwart, denen jetzt erst die Möglichkeit eines ernstlichen und gesammelten Genusses jedes einzelnen Werkes wie des geschichtlichen Ablaufs der Entwicklung gegeben worden ist.

Badisches Landestheater. In dem 2. Sinfoniekonzert des Landestheater-Orchesters am Montag den 7. November unter der Leitung von Operndirektor Fritz Cortolezis wirken als Gäste die bekannte Wifflin Nagda Spiegel vom Opernhaus in Frankfurt a. M. und Prof. Sandberger von München mit. An Stelle des durch die „Schlagkräuter“-Proben und den gegenwärtigen Opernbetrieb stark in Anspruch genommenen Herrn Wifflin treten bei der von seinem Gastspiel in der „Toten Stadt“ rühmlichst bekannte Opernsänger Herr Fritz Scherer von Wiesbaden und Tenorpart in Rolfsers „Lied von der Erde“ übernommen.

sich vornehmen. Sie kommen mit alten Schuhen und abgetragenen Kleidern in Trier an und treten völlig neu ausgerüstet die Rückreise an. Die alten Sachen lassen sie in Trier bei Althändlern zurück. Auffallend ist auch, daß Alt und Jung, Vater, Mutter und Kinder sich mit neuen Spazierstöcken ausdrücken. Außerdem schleppen sie auch ganze Säcke mit Lebensmitteln fort. Auf den öffentlichen Plätzen macht sich ein besonderer Industriezweig breit. Dutzende von Händlern bieten dem schaulustigen und durchreisenden Publikum Reiderstöße an. Während die Trier überflutenden Käufer aus Luxemburg stammen, kommen die Verkäufer und Lothringer nach Saarbrücken. In den Vormittagsstunden begeben sich ganze Karawanen nach Saarbrücken hinein. Da auch hier die Eisenbahnzüge die Kauflustigen nicht zu fassen vermögen, werden Autos und andere Fahrzeuge zur Reise nach Saarbrücken benutzt. Der Saarbrücker sieht an jedem Morgen mit Schmerz die tausendköpfige Menge der Fremden, die die Geschäfte überlaufen und schwer bepackt heimkehren. An manchen Tagen ist es dem Einheimischen kaum möglich, seinen Lebensmittelbedarf einzukaufen. Die Preise steigen ins Unermessliche. Kürzlich schlossen zahlreiche Geschäftsleute bereits in der zweiten Nachmittagsstunde ihre Geschäfte, da das Personal völlig ermattet war und den Dienst nicht mehr versehen konnte. Die Tageszeitungen fordern die Regierungskommission auf, einzutreten, und verlangen von der Geschäftsleute, daß sie fortan nur noch an die einheimische Bevölkerung verkaufte unter Vorlage des roten Ausweispasses.

Deutsche Arbeiter im zerstörten Gebiet Frankreichs.

Die von den französischen Gewerkschaften eingeladene Kommission von Vertretern deutscher Arbeiter und technischer Verbände hat sich dieser Tage in das zerstörte Gebiet begeben, um dort an Ort und Stelle die Möglichkeiten einer aktiven deutschen Mitwirkung am Wiederaufbau zu studieren. Es wurde ein Sektor des Kantons von Chaulnes, der elf zerstörte Dörfer umfaßt, ausgewählt, der den deutschen Organisationen zum Wiederaufbau überwiesen werden soll. Die Besprechungen zwischen der deutschen Delegation, der Vertretern der französischen Arbeiterschaft und den Repräsentanten der Einwohner der zerstörten Zone hat zu einem völligen Einvernehmen geführt. Die deutschen Delegierten haben sich bereit erklärt, mit 2500 deutschen Arbeitern und Technikern den Wiederaufbau dieser elf Dörfer, die eine Zone von etwa 30 Quadratkilometern umfassen, zu übernehmen. Für die technische Durchführung des Unternehmens soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, in der beide Teile gleichmäßig vertreten sein sollen. Das gut ausgearbeitete Projekt soll in den nächsten Tagen dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur zur Genehmigung unterbreitet werden. Die Kosten des Wiederaufbaues sollen ausschließlich auf Reparationskonto gehen.

Die Mobilisierung in der Tschechoslowakei.

Nach einem Sonderbericht der „Reichspost“ aus Prag vollzieht sich die Mobilisierung unter einem gewaltigen militärischen Aufgebot. An Straßenkreuzungen stehen Maschinengewehre und Artillerie in der Nähe von Bahnhöfen aufgestellt. Trotdem begegnet die Mobilisierung den schwersten Hindernissen nicht nur bei den Deutschen. In zahlreichen Versammlungen werden Beschlüsse gegen die Einziehung gefaßt. Die blutigen Zusammenstöße bei diesen Gelegenheiten mehren sich, ähnlich wie in Großhild verfuhrten die tschechischen Behörden in böhmisch Gebirg, eine Versammlung mit Gewalt zu sprengen. Schließlich schoß das tschechische Militär in die unbewaffnete Menge. Drei Tote und 21 Verwundete blieben am Platze. Auch eine stärkere kommunistische Agitation gegen die Bestimmungspflicht bricht sich in den tschechischen Güntenterrain Bahn.

Aus Eger wird dem „B. Beob.“ nach gemeldet:

Eine Prager Militärabteilung, welche die Pferdemusterung in Eger durchführen wollte, geriet in Streit mit der Bevölkerung, weil die übernommenen Pferde nicht in bar, sondern mit Anweisungen auf die Steuerbehörden bezahlt wurden. Das Militär wurde von den zornigen Bauern angegriffen und gab Feuer. Eine große Anzahl Toter und Verwundeter sollen auf dem Platze geblieben sein. Man spricht sogar von 40 Toten und 80 Verwundeten.

Die englisch-irische Krise.

Die Londoner Abendblätter melden, die irischen Verhandlungen hätten eine ernste Wendung genommen. Ein Abbruch sei jedoch bisher nicht erfolgt. Gestern vormittags wurde eine Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead, sowie auf der irischen Seite Griffith und Collins teilnahmen. Nach der Zusammenkunft wurde ein Kabinettsrat abgehalten. In Regierungskreisen wurde erklärt, daß die englisch-irischen Verhandlungen während der letzten 24 Stunden ein außerordentlich ernstes Stadium erreicht hätten, daß wichtige Mitteilungen zwischen den Sineserdelegierten in London und Devalera gewechselt worden seien und daß Devalera dem irischen Bevollmächtigten in London genaue Weisungen erteilt habe. — Die „Reuter“ meldet, würden bei einem Abbruch der Verhandlungen neue Wahlen vorgenommen werden. Lloyd George soll die Hoffnung, am nächsten Freitag nach Washington reisen zu können, aufgegeben und beschlossen haben, das Land nicht zu verlassen, wenn die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in Irland nicht behoben sei.

Kurze polit. Nachrichten.

* Das Programm von Washington. Nach einer Blättermeldung aus Washington schreibt die offizielle Washingtoner „Post“, jede Diskussion über die Einschränkung der Rüstungen zur See sei unmöglich, wenn nicht vorher die englisch-japanische Allianz aufgelöst werde. Wenn man sich darüber einigt, daß jede Flotte nicht eine gewisse Stärke überschreiten dürfe, so sei das natürlich unter der ausdrücklichen Bedingung, daß zwei Flotten sich nicht auf Grund einer Allianz vereinigen dürften, andernfalls werde das Verhältnis sofort umgekehrt und eine Nation, die ihre Flottenstärke herabgesetzt habe, würde der Gefahr ausgesetzt, von zwei anderen Nationen angegriffen zu werden. — Balfour und die anderen Mitglieder der britischen Delegation für die Washingtoner Konferenz, darunter Lord Cavan Higgins und Sir Maurice Hanley, sind gestern vormittags nach Washington abgereist.

* Reichsminister a. D. Rathenau hat sich von den Beamten und Angestellten des Reichsministeriums für den Wiederaufbau verabschiedet, denen er besonders für die Mitarbeit und das Vertrauen dankte, das ihm allerorts während seiner Amtszeit entgegengebracht wurde. Staatssekretär Müller rühmlichst bekannte Opernsänger Herr Fritz Scherer von Wiesbaden und Tenorpart in Rolfsers „Lied von der Erde“ übernommen.

molende Interesse, das er auch den inneren Fragen des Ministeriums stets entgegengebracht habe. Er drückte die Hoffnung aus, daß Hoffmann seine große Arbeitskraft und seine umfassende wirtschaftliche und internationale Erfahrung bald wieder in den Dienst des Reiches stellen möchte.

Vom Gastwirtsgehilfenstreik in Berlin. Am Dienstag fanden Besprechungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern des Berliner Gastwirtschaftsgewerbes zur Beilegung des Streiks statt, sie verliefen jedoch ergebnislos. Auch im Laufe des Dienstag ist es zu Ausschreitungen der streikenden Gastwirtsgehilfen gekommen.

Datos Mörder in Berlin verhaftet. Der „Temps“ meldet aus Madrid: Der spanische Polizei wurde von der Berliner Polizei die Anwesenheit von Luis Nicolau unter dem falschen Namen von Leopold Noble in Berlin angezeigt. Er ist der Mörder des früheren Ministerpräsidenten Dato. Lucia Josaquina befindet sich bei ihm. Beide wurden von der Berliner Polizei verhaftet und werden nach Beendigung der notwendigen Verhandlungen der spanischen Polizei ausgeliefert werden.

Die B. J. a. M. meldet im Zusammenhang hiermit: Infolge der Ergreifung der zwei Mörder des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato durch die Berliner Polizei, wofür die spanische Botschaft dem Berliner Polizeipräsidenten ihren Dank ausspricht, wird der größte Teil der von der spanischen Regierung ausgelegten Belohnung von einer Million Pesetas, nach heutigem Kurs 24 Millionen Mark, nach Berlin fallen. Bei den festgenommenen handelt es sich um das Ehepaar Luis Nicolau Fort und Lucia Josaquina Fort. Infolge der vorzeitigen Veröffentlichung über ihre Ergreifung ist der vierte Mörder, Casanellas, der hier erwartet wurde, nicht nach Berlin gekommen. Der dritte Mörder ist bereits seinerzeit in Madrid festgenommen worden.

Der französische Sozialistenkongress hat seine Arbeiten beendet. Bezüglich der Außenpolitik wurde eine Tagesordnung angenommen, das Büro in Wien möge sich mit der Labour Party in Verbindung setzen, um alle den Internationalen von Wien, London und Moskau angeschlossenen Organisationen aufzufordern, eine Einheitsfront des Proletariats herzustellen, um so die Gründung einer interparlamentarischen Gruppe ins Auge zu fassen zwecks gemeinsamen parlamentarischen Vorgehens. Ein zweiter Kongress soll die bei allgemeinen Wahlen zu befolgende Taktik feststellen.

Gegenrevolutionäre Organisationen in der Ukraine. Der längste Libende wird aus Helsingfors gemeldet: Das amtliche bolschewistische Blatt „Iswestija“ teilt mit, daß in der Ukraine fünf gegenrevolutionäre Organisationen entdeckt worden sind. Aus diesem Anlaß wurden 475 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere frühere Minister der Regierung Petljura.

Die Türkei und die Mächte. Die türkische große Nationalversammlung hat folgende den Frieden zwischen der Türkei und den Mächten betreffende Entschlüsse angenommen: Die türkische Nationalversammlung erklärt, daß sie zum Frieden mit allen Mächten, unter Ausschluß Griechenlands, unter nachstehenden Bedingungen bereit ist. Unbedingte Neutralität in der griechisch-türkischen Auseinandersetzung, Anerkennung der vollständigen türkischen Unabhängigkeit, Ratifizierung der Bestimmungen über die Aufhebung der Kapitulationen, Entfernung der griechischen Flotte aus dem neutralen Gebiet.

Badische Uebersicht. Die Fraktionen des Landtags

versammelt sich, so wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben, vollzählig am nächsten Dienstag, um zunächst zur Präsidentenwahl, dann zu den beginnenden Landtagsarbeiten die notwendige Stellung zu nehmen. Das Landtagspräsidium wird eine ziemliche Umformung erfahren; bekanntlich sind ausgeschieden der bisherige Präsident Dr. Kopp und der 2. Vizepräsident Hrig. Den ersteren hat das Zentrum gestellt, Hrig gehörte den Demokraten an, die als drittstärkste Fraktion Anspruch auf ihn hatten. Wie man hört, schlägt das Zentrum, dem seiner Stärke nach — 34 Ab-

geordnete — der Präsidentenposten zusteht, den Abg. Wittmann vor. Dieser Vorschlag scheint uns ein glücklicher zu sein. Wittmann ist zurzeit Ministerialrat im Staatsministerium und gehört dem Richterstande an. Mitglied des Landtages ist er seit 1905, mithin einer der ältesten Parlamentarier Badens. Wittmann ist ein fleißiger und lehrreicher Arbeiter in den Kommissionen und — was ihm als Präsidenten sehr zu statten kommt — ein gründlicher Kenner der Geschäftsordnung des Landtages. Sein Auftreten ist verbindlich und auch dem politischen Gegner gegenüber loyal, so daß seiner Wahl als Präsident des badischen Landtages wohl kaum Schwierigkeiten erwachsen werden.

Die Sozialdemokratie hat als zweitstärkste Fraktion im verflochtenen Landtag den 1. Vizepräsidentenposten inne; Abg. Raier-Heidelberg war ihr Vertreter im Präsidium, seine Fraktion dürfte ihn wahrscheinlich wiederum vorschlagen, da er sich durchaus bewährt hat. Der 2. Vizepräsidentenposten steht noch aus. Wie er besetzt werden wird, darüber werden erst die nächsten Tage Klarheit bringen, da bekanntlich sowohl die Demokraten, wie die Deutschnationalen und der Landbund je 7 Abgeordnete zählen.

Unsere gestrige Bemerkung über die Zahl der Abgeordneten, welche eine Fraktion bilden können, hat bereits Ausführungen von Parlamentariern zur Folge gehabt, die sich für eine Verminderung der Höchstzahl der Abgeordneten ausgesprochen, welche eine Fraktion bilden können. Bisher waren es 7, in Zukunft sollen es deren 5 sein, wenn der Landtag einen entsprechenden Beschluß faßt. In Frage kämen von den Parteien, welche zurzeit im Landtag vertreten sind, allerdings nur die Deutschliberale Volkspartei, die fünf Mann hoch in den Landtag eingezogen ist. Die Kommunisten haben nur drei, die Unabhängigen 2, die Wirtschaftliche Vereinigung 1 Mitglied; sie würden infolgedessen nicht in den Kommissionen vertreten sein können.

So zeigt also das Wahlergebnis der praktischen Schwierigkeiten mancherlei, die sich natürlich noch vergrößern, sobald der Landtag an die Lösung der eigentlichen Aufgaben herantritt.

Bei der Eröffnung des Landtages wird der frühere Vizepräsident des Reichstages, der jetzige Landtagsabgeordnete Dr. Paasche aus Redargemünd, der Altersvorsitz übernehmen; er ist 70 Jahre alt. Der nächstälteste Abgeordnete ist bekanntlich Abgeordneter Behner vom Zentrum, der ebenfalls das 70. Lebensjahr überschritten hat.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verbotenes Speisegeld. Verboten ist bis auf weiteres die Annahme von Frachtgutwagenabgaben mit Leistung über Randau (Hofg.). Ausgenommen von Sperre sind Lebensmittel, Brennstoffe, Anzugsgut und Wiederaufbaugut. Über weitere dringliche Ausnahmen entscheidet Eisenbahndirektion Ludwigsbahn.

DZ. Heibelsberg, 2. Nov. Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuß die Bewilligung eines Kredits von 34 Millionen Mark zur Erschließung von Industriegebiete westlich des Gewerks.

DZ. Rosbach, 3. Nov. In Sennfeld wurde der seitigerige Ratsschreiber Waller zum Bürgermeister gewählt.

DZ. Freiburg, 2. Nov. Am Vormittag des Allerheiligentages fand auf dem Friedhof eine Gedächtnisfeier zu Ehren der Kriegesgefallenen statt. Die Gräber waren in den Farben der Stadt gezieret und reichlich mit Blumen- und Kranzschmuck versehen. Die dem Vereinsvorstand des Badischen Kriegesbundes angehörigen Vereine beteiligten sich in großer Anzahl an der Feier, woran u. a. auch teilnahm der Oberbürgermeister und die beiden Bürgermeister, sowie Landeskommissar Geh. Rat Dr. Schneider. Repetitor Dr. Rauch hielt eine Ansprache, ebenfalls der zweite Gauvorsitzende, Herr Zimmermann. Verschiedene Musik- und Gesangsvorträge bereicherten die Feier.

DZ. Donaueschingen, 1. Nov. Eine Entente-Kommission, die aus zwei Belgiern und einem Franzosen bestand, machte am Freitag dem Fürstlich Fürstentum Marfall einen Besuch, wobei sie behaupteten, in einer Privatwohnung Reichwehnsoldaten gesehen zu haben. Militärbeobachtungsstunde seien am Fenster geblieben und Soldaten dort geblieben. Der deutsche Offizier ließ Nachforschungen in der betreffenden Wohnung halten, wobei sich herausstellte, daß die Frau des Hauses die Militärbeobachtungsstunde ihres Mannes, eines früheren Offiziers, am Fenster gereinigt habe.

DZ. Triberg, 1. Nov. Das Kraftwerk Laufenburg sieht sich zur Einführung von Sperrtagen gezwungen, da die Leistungen des Werkes von 50 000 Kilowatt auf 30 000 Kilowatt zurückgegangen sind, infolge des niedrigen Wasserstandes. Da von den Abnehmern vielfach die Aufforderung, die Belastung zu verringern, nicht befolgt wurde, mußte man nun zu der Maßnahme der Sperrtage greifen. Im Gegensatz zum Vorjahr werden halbtägige Sperrtage eingeführt und zwar für Furtwangen, Schönwald, Triberg, St. Georgen, Rißbach, Schönbach und Hornberg.

DZ. Bonndorf, 2. Nov. An den Folgen einer heftigen Lungenentzündung ist Herr Buchdruckereibesitzer Heinrich Spachholz verstorben. Sein Name ist nicht nur mit dem der „Schwarzwälder Zeitung“ in Bonndorf aufs engste verbunden, sondern wird auch in der Geschichte der Gemeinde Bonndorf stets mit Ehren genannt werden. Nur wenige wußten, daß er so sehr so starkem Rausch erkrankt war und doch er so nahe am Lebensabend stand. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 70 Jahren.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Gegen den Ausverkauf aus Ausland. Der Inhaber eines hiesigen Pelzwarengeschäftes hat zwei Ausländerinnen die Abgabe von Ware verweigert, da er zuerst an seine deutschen Kunden denken müsse.

Sch. Kolosseum. Die Varietékünstler haben mit dem neuen Programm einem anderen Genre Platz gemacht, und ein alter bzw. zwei alte Bekannte sind mit ihrer Gesellschaft zu einem Gastspiel eingezogen: die Kölner Komiker Karl Schmitz und Josef Weisweiler. Für die Zeit vom 1.—8. November bringt die Gesellschaft einen dreitägigen Schwanen von Karl Schmitz und Josef Weisweiler „Die Schieber“, der in einer Reihe lustiger Szenen die Praktiken einer ebenso gerissenen wie frechen Schieferfirma behandelt. Den Hauptanteil an der Aufführung bestreiten Karl Schmitz und Josef Weisweiler, die mit echt rheinischem Humor dem größtenteils auf Situationskomik gestellten Stück die Signatur geben. Aber auch die andern Mitwirkenden, Georg Kadmann, Wella Weisweiler, Max Weber, Maria Schmitz, Ruth Walden, Hubert Holzmann, Maria Koch, Adele Weisweiler und Helene Deter tragen durch ihr flottes Spiel zum Gelingen des Abends bei und helfen dem Stück zu einem vollen Erfolg. Wer einige Stunden vergnügt sein und sich an echt rheinischem Humor ergehen will, dem kann der Besuch aufs beste empfohlen werden, er wird auf seine Rechnung kommen. Das Haus war ausverkauft. Vom 9. ab folgt ein weiterer Dreierakt „Der Hampelmann“, der seinem Vorgänger in nichts nachstehen dürfte.

Staatsanzeiger.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Bezirksarzt Georg Rämmler zum Veterinärarzt beim badischen Viehverversicherungsverband, Stadtkirchner Dr. Arno Friedmann zum Bezirksarzt beim badischen Viehverversicherungsverband.

Beurlaubt:

Revisionsinspektor Josef Heib von Adelsheim zum Bezirksamt Bellingen, Oberrevisor Karl Ruf in Bellingen zum Bezirksamt Mühlheim, Oberrevisor Konrad Breithaupt von Wolfach zum Bezirksamt Adelsheim.

Badisches Landestheater.

Freitag, 4. November 7 b. n. 1/10 Uhr Mk. 20.—
Schillermeisterstellung
B 6
Der Waffenschmied.

Sieben erschienen:
Effhart 1922
Kalender
für das Badner Land
Im Auftrag des Landesvereins
Badische Heimat
herausgegeben von Max Wingenroth

Inhaltsverzeichnis:
Kalendarium. / An Effhart den Treuen. Von Hans Thoma. / Mars, Sonne und Mond. Von Hans Thoma. / Adolf Hildenbrand. Von Hermann Erpf. / Winterlieder. Von Otto Goerth. / Tauberbischofsheim. Von Josef Sauer. / Das Marionettentheater von Voo Ruhony in Baden-Baden. / Frische, Nachtigall und Lerche. Von Fritz Thum. / Guel-Wetterluft. Von Raul Köcher. / Das Grimmschäufchen-Denkmal zu Menchen. Von G. Ritter. / Die Volkstracht des hinteren Oberrheins. Von Max Walter. / Aus dem Leben des Kaisers Murr. Von Gustav Münzel. / Die badische Verfassung. Von Wilhelm Traumann. / Deutsche Chronik. Chronik der katholischen und der evangelischen Kirche im Jahre 1920. Ein Jahr badische Dichtung. Von Wilh. G. Desterling.
Preis M. 12.—

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14

Ämtliche Bekanntmachung.

Festlegung der Baufluchten an der Karl-Wilhelmstraße betr.

Der Stadtrat Karlsruhe hat die Festlegung der Baufluchten auf der nördlichen Seite der Karl-Wilhelmstraße beantragt. Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzerverzeichnis 14 Tage lang auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt.
Karlsruhe, den 25. Oktober 1921.
Bezirksamt III. D. 3. 161

Feststellung der Baufluchten in der Bannwaldallee betr.

Der Stadtrat Karlsruhe hat die Feststellung der Baufluchten an der Bannwaldallee beim Anwesen der Firma Junter & Nuch beantragt. Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzerverzeichnis 14 Tage lang auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt.
Karlsruhe, den 25. Oktober 1921.
Bezirksamt III. D. 3. 160

Französisch

(System Ritter)
Erfolg verbürgt
Auslandspraxis

H. K. Ritter
behördl. zugel. Sprachlehr.
Körnerstraße 30
(Probestunden). 2688.

Häuser

und Geschäfte, teils bezugsbar, stets zu verkaufen.
M. Busam, Herrenstr. 38

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
3.601.2.1 Karlsruhe. Die Firma Moses W. W. Holzhandlung in Bruchsal, Inhaber Moses W. W. in

zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Karlsruhe, 29. Okt. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Badischen Landgerichts.

Konkursverfahren.
3.605. Bellingen. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Uhrmachers Ferdinand Pfundstein in Bellingen ist in Folge eines von den Erben des Gemeinschuldners gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf

Samstag, den 26. Nov. 1921, vormittags 1/9 Uhr, vor dem Amtsgerichte hier. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Landgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Bellingen, 28. Okt. 1921.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Verstehene Bekanntmachungen.

Hochbauarbeiten für den Umbau des Aufnahmegebäudes in Pforzheim nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben und zwar zunächst Grab-, Mauer- und Betonarbeiten, Steinmauerarbeiten (weiße und rote), Granitarbeiten, Eisenarbeiten, Eisenlieferung, Schmelzarbeit, Schweißarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe im Zimmer

Nr. 10 des Aufnahmegebäudes (II. Stock, östlicher Flügel) wettags von 9 bis 1/11 Uhr zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Kein Verband nach auswärts. Angebote beschließen mit entsprechender Aufschrift bis Samstag, 12. November, vormittags 1/11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung, postfrei an uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. 3.537.2.1 Pforzheim, 27. Okt. 1921.

Bahnbauprüfung.

Entwässerungsarbeiten, Grabenaushub, Steinzeugrohrarbeiten, Betonarbeiten zur Entwässerung v. Abrißgebäuden in der Hauptwerkstätte nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Lageplan und Bedingnisheft auf unserem Büro, Marktstraße des hiesigen Graben-Wagenaufbauhofes im Hauptbahnhof einzusehen. Dort Abgabe der Angebotsvordrucke. Kein Verband. Angebote beschließen, postfrei mit Aufschrift: „Entwässerung von Abrißgebäuden“ bis längstens 10. November 1921, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 3.586.2.2 Karlsruhe, 29. Okt. 1921.

Bahnbauprüfung 1.

Rugholzverkauf betr.
In unserem Ausschreiben soll es nicht bezogen 175 sondern 1750 Festmeter. Forstamt Kirchjarten.

Gemeinsames Geseft A.

Am 1. November l. J. tritt der Nachtrag 2 zum Gemeinsamen Geseft A für den Westelberfer-Deutscher Bahnen in Kraft. 3.606 Er kann käuflich bezogen werden.

Karlsruhe, 31. Okt. 1921.
Eisenbahn-General-direktion.

Ausnahmestarif für frische Kartoffeln bei Aufgabe als Frachtkübel.

Der in unserem Tarif- und Verkehrsanzeiger Nr. 56 vom 8. Oktober 1921 bekannt gegebene Ausnahmestarif für frische Kartoffeln erscheint mit Gültigkeit vom 1. November l. J. in einer Sonderausgabe durch welche der vorgenannte Ausnahmestarif aufgehoben und ersetzt wird. Der neue Ausnahmestarif kann käuflich bezogen werden.

Karlsruhe, 29. Okt. 1921.
Eisenbahn-General-direktion. 3.610

Badisch-Württemb. Güterverkehr.

Mit sofortiger Gültigkeit wird für Güter (auch beschleunigtes Güter) von Rohrdorf nach Weisbach Grenze mit Begehorndes des Absenders, über Pforzheim eine Tarifermäßigung von 248 Km. eingeführt. Karlsruhe, 1. Nov. 1921.

Eisenbahngeneraldirektion.